

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.  
R. Daxler u. Verwaltung: Drag II, Ref. Anst. 15 ••••• Xref. D. 20703, 31400, Nachdr. D. 21 1101: 33355 ••••• D. Post. Adress: 57544

13. Jahrgang.

Samstag, 15. Juli 1933

Nr. 163.

## Grazer „Arbeiterwille“ unter Kolportageverbot! Noch drei weitere Parteiblätter betroffen.

Wien, 14. Juli. Der österreichische Bundeskanzler hat in den letzten Tagen eine Reihe von Verfügungen getroffen, die die sozialdemokratische Presse Österreichs äußerst schwer treffen. Zuerst wurde die „Salzburger Wachl“, das Tagesblatt der Partei in Salzburg, unter Vorzensur gestellt, wodurch das Blatt gegenüber den anderen Blättern stark in Nachteil gesetzt wird. Ueber das monatlich erscheinende Mitteilungsblatt der Partei in Graz, das durch die Vertrauensmänner an die Parteimitglieder zugestellt wird, und über das wöchentlich erscheinende „Kärntner Volksblatt“ wurde das Kolportageverbot verhängt, d. h. das Blatt darf weder in Zeitungsverleihen noch auf der Straße verkauft, ja nicht einmal durch Aussträger zugestellt werden. Nur die Zusendung durch die Post an die Abonnenten ist erlaubt; hierfür erhebt die Post jedoch die doppelte Gebühr. Die beiden Blätter haben daraufhin ihr Erscheinen bis zum Ablauf des Verbotes eingestellt.

Heute wurde nun auch das steirische Tagesblatt der Partei, der Grazer „Arbeiterwille“, ebenfalls unter das Kolportageverbot gestellt. Das bedeutet natürlich eine äußerst ernste Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten der Partei in Kärnten und Steiermark.

Diese Verbote sind natürlich auch vom Standpunkt der Regierung eine ausgesprochene Dummheit, denn gerade im Verbreitungsgebiet der betroffenen sozialdemokratischen Blätter sind die Hofenkreuzler und ihre Verbündeten, die steirischen Heimwehren verhältnismäßig sehr stark. Dort gerade der Sozialdemokratie, die sich dem Einbruch der Nazi gegenüber am widerstandsfähigsten gezeigt hat, fast jede Agitationsmöglichkeit zu rauben, heißt doch nichts anderes, als den braunen Terroristen den Weg zum Aufstieg ebnen; das ist doch direkt eine polizeiwidrige Trotzteil!

## Reichsdeutsches Flugzeug über Salzburg. Abwurf von Flugzetteln.

Salzburg, 14. Juli. (Eigenbericht.) Die Stadt Salzburg wurde heute nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr dreimal von einem reichsdeutschen Flugzeug überflogen, das Flugzettel abwarf. Diese enthielten grobe Beschimpfungen der österreichischen Regierung und Aufreizungen gegen die österreichischen Gelehrte. Ein Flugblatt wurde namens der österreichischen Nazi-Partei von zwei geflohenen Salzburger Nazi-Funktionären unterzeichnet; ein zweites Flugblatt wendet sich an den steirischen Heimatschutz und ist von dem gemessenen Nazi-Landesinspektor Habicht und einer Reihe anderer Funktionäre unterschrieben.

## Grenzwidrenfall in Mittenwald.

Österreichische Finanzer vom bayerischen Personal bedroht.

Junnsbruck, 14. Juli. Gestern abends ist es in Mittenwald zu einem Zwischenfall gekommen, der die Beamten der dortigen auf deutschem Boden befindlichen österreichischen Zollpostur zwang, sich auf österreichisches Gebiet zurückzuziehen. In dem Amtsraum der auf dem Mittelwaldsee Bahnhofs befindlichen Expositur war nämlich durch unbekannte Täter, die in das Amt eingedrungen waren, die „Baterländische Wandzeitung“ herabgerissen worden. Es kam deshalb zu einer Auseinandersetzung mit dem bayerischen Personal, das allerlei Drohungen gegen die Österreicher ausführte. Um ernstere Verwicklungen vorzubeugen, räumte die österreichische Expositur ihren Posten und zog sich nach Schornitz zurück.

## Strafversetzung des Linzer Staatsanwaltes.

Der Chef der Linzer Staatsanwaltschaft Hofrat Dr. Max Stelzl wurde strafweise nach Nied verlegt, da er bei einem Amtsverfahren gegen die Nationalsozialisten nicht die hinreichende Energie an den Tag gelegt hatte.

## Die Sadisten toben sich aus

### Neubildung politischer Parteien unter schwerer Strafe. Vermögenskonfiskation und Aberkennung der Staatsbürgerschaft der geflüchteten Sozialdemokraten.

Berlin, 14. Juli. (Tsch. P.-B.) Das heute verabschiedete Gesetz gegen die Neubildung politischer Parteien schafft, wie das Conti-Büro schreibt, auf dem Gebiete des Parteiwesens „restlos und endgültig“ Klarheit. Die bisher vorhanden gewesenen politischen Parteien sind aufgelöst. Es gebe nur noch die große nationalsozialistische Volksbewegung. Eine Wiederkehr des Parteiwesens mit seinen „unerfreulichen Auswüchsen“ sei durch den neuen Gesetzentwurf nunmehr ausgeschlossen worden, da nun die Neubildung politischer Parteien unter hohe Strafen gestellt ist.

Das Gesetz über die Einziehung des Vermögens und staatsfeindlichen Vermögens sieht u. a. vor, daß die Vorschriften über die Einziehung kommunistischen Vermögens auch auf Sachen und Rechte der Sozialdemokratie Deutschlands und ihrer Hilfsorganisationen sowie auf Sachen und Rechte, die zur Förderung marxistischer oder anderer volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen bestimmt sind, Anwendung finden. Die Entscheidung darüber, was als volks- und staatsfeindliche Bestrebungen anzusehen ist, trifft der Reichsinnenminister.

Das Gesetz über den „Widerruf und die Aberkennung der deutschen Staatszugehörigkeit“, das gleichfalls vom Reichskabinett verabschiedet wurde, sieht vor, daß Einbürgerungen, die in der Zeit zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Jänner 1933 vorgenommen worden sind, widerrufen werden können, falls die Einbürgerung nicht „als erwünscht“ angesehen wird.

Außerdem können Reichsangehörige, die sich im Auslande aufhalten, der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt werden, wenn sie durch ihr Verhalten gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstoßen und die deutschen Belange schädigen. Das gilt auch für Reichsangehörige, die einer Aufforderung zur Rückkehr nicht Folge leisten, die der Reichsinnenminister unter Hinweis auf diese Vorschrift an sie gerichtet hat. Bei Nichtbeachtung der Rückkehr-Aufforderung kann auch ihr Vermögen beschlagnahmt und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit erklärt werden.

Diese Maßnahmen können auch gegen Reichsangehörige im Saargebiet getroffen werden, die nach dem 30. Jänner 1933 ihren Aufenthalt dorthin verlegt haben.

## Fünf Geiseln für Scheidemann

### in ein Konzentrationslager gebracht.

Berlin, 14. Juli. Das offizielle Conti-Nachrichtenbüro stellt fest, daß an dem früheren Reichskanzler und sozialdemokratischen Abgeordneten Philipp Scheidemann, der sich derzeit in Karlsbad aufhält, wegen eines Schmähartikels gegen Deutschland in den „New Yorker Times“ vom geheimen Staatspolizeiamt „ein Exemplar statuiert“ wurde, indem fünf Verwandte Scheidemanns, die sich in Deutschland aufhalten, in Schutzhaft genommen und in ein Konzentrationslager gebracht wurden.

Wir haben erst vor drei Tagen einen Brief Scheidemanns veröffentlicht, in dem er ausdrücklich feststellt, daß der angebliche Schmähartikel gerade in dem entscheidenden Satz eine grobe Fälschung darstellt. Trotzdem benützen die Hofenkreuzler diese Fälschung als Vorwand zu der neuen Niedertracht, Geiseln für Scheidemann ins Gefängnis zu stecken. Diese neue Schandtat reicht sich würdig der gestern von uns gemeldeten Verhaftung von Frauen geflüchteter Parteifunktionäre an!

## Auflösung der SA im ganzen Reich?

München, 13. Juli. Der Stabschef der SA und SS, Staatssekretär Roehm, hat an die Gruppenführer der SA die Anweisung erteilt, „gemeinsam mit den örtlichen politischen Behörden die Angelegenheiten der SA“ zu erledigen.

Dieser Erlaß Roehms wird in den Kreisen der Hitlerpartei, vor allem der SA, auf das Lebhafteste diskutiert. Man glaubt, sichere Anhaltspunkte dafür zu haben, daß die gesamten SA-Organisationen, deren Radikalismus und deren vorwiegend proletarische Einstellung die Parteileitung seit langem mit kritischer Augen betrachtet, aufgelöst werden, nachdem die linientreuen Elemente in die SS eingegliedert worden sind. Für die Zukunft jedenfalls wird nur die SS als Parteitruppe bestehen bleiben.

Ob allerdings die SA-Leute, die noch immer die stärkste Macht bedeuten, gewillt sein werden, alles stillschweigend hinzunehmen, ist eine zweite Frage.

Man darf erwarten, daß die Angelegenheiten der SA nicht ohne weiteres zur Uebernahme in die Vorzugsliegen.

## Die Hamburger SA aufgelöst.

Auf Anordnung des Reichsstatthalters für Hamburg, Kaufmann, wurde die gesamte Hamburger SA wegen angeblicher Disziplinlosigkeit aufgelöst. 350 SA-Leute sollen verhaftet worden sein. Die SA soll neu formiert werden; Aufnahme sollen jedoch nur solche Personen finden, die seit mindestens drei Jahren der Hitlerpartei angehören und seit mindestens fünf Jahren nicht in einer der marxistischen Parteien organisiert gewesen sind.

## Der Fascistengruß

### wird allen Staatsangestellten aufgezungen!

Berlin, 14. Juli. (Wolff.) Der Reichsminister des Innern Dr. Fricke hat an die obersten Reichsbehörden und die Länderregierungen ein Schreiben gerichtet, in welchem er es jetzt für angebracht ansieht, den von Hitler eingeführten Gruß allgemein als deutschen Gruß anzuwenden. Er bittet in ihrem Geschäftsbereich anzuordnen:

1. daß sämtliche Beamten, Angestellten und Arbeiter von Behörden im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen durch Erheben des rechten Armes zu grüßen haben,
2. daß Beamte in Uniform in militärischer Form, wenn sie keine Kopfbedeckung haben, durch Erheben des rechten Armes zu grüßen haben,
3. daß von den Beamten erwartet wird, daß sie auch außerhalb des Dienstes in gleicher Weise grüßen.

## Oldenburg-Janauschau durch SA-Leute mißhandelt.

Königsberg, 12. Juli. Der Rittergutsbesitzer und frühere Kammerherr von Oldenburg-Janauschau (der Gutsnachbar und intime Freund des Reichspräsidenten von Hindenburg), der dieser Tage vorübergehend in Königsberg sich aufhielt, ist von SA-Leuten erlauft und auf der Straße in der größtmöglichen Weise beschimpft worden. Einige Leute verstellten ihm den Weg und Herr von Oldenburg-Janauschau wurde auf einer der belebtesten Straßen Königsbergs am hellen Tage geschlagen und bespuckt. Er war schließlich gezwungen, zu seinem Schutze die nächste Polizeiwache aufzusuchen; erst nach Ablauf von mehr als einer Stunde konnte er unter polizeilicher Bedeckung im Kraftwagen die Rückfahrt auf sein Gut antreten.

## Warnung an Nazi-Deutschland

London, 11. Juli 1933.

Hitlers Reichstagsrede am 17. Mai hatte für kurze Zeit die Stimmung des englischen Volkes gegenüber Nazi-Deutschland etwas gebessert. Man sprach nicht mehr viel von Deutschland, die Zeitungen schrieben nur wenig — und das ist heutzutage das Beste, was Deutschland erwarten kann. Aber lange hielt diese Kampfpause nicht vor. Besonders das deutsche Vorgehen gegen Österreich ließ die Stimmung wieder umschlagen. Und jetzt findet man in der Presse fast täglich spaltenlange Berichte über die neuen Schandtaten des faschistischen Regimes in Deutschland. Ueber die Unterdrückung der Deutschnationalen und den Hinauswurf Hugenberg hat man sich freilich in England nicht weiter aufgeregt. Hugenberg war seit seinem berühmten Memorandum an die Weltwirtschaftskonferenz in London herzlich unbeliebt und man empfindet auch hier eine gewisse Schadenfreude mit seinem Gescheid. Da Hugenberg und seine Partei die Unterdrückung aller anderen stets gutgehießen hatte, erschien die Behandlung, die ihm jetzt widerfährt auch nicht als Verletzung des fair play, das in der englischen Politik ja stets eine sehr große Rolle spielt.

Unter dem Gesichtspunkt des fair play wurde in den bürgerlichen Kreisen Englands vor allem die Unterdrückung der deutschen Sozialdemokratie betrachtet. Sieben Millionen wird das Vertretungsrecht geraubt, das war der Generalnemter unter den man in England das Verbot der SPD brachte. Viel tiefer wurde das englische Bürgertum durch die Behandlung der Kirchen aufgewühlt. In religiösen Fragen ist nun einmal der Engländer — auch ein großer Teil des Proletariats — sehr empfindlich. Daß die Kirche unter das Hakenkreuz gebeugt werden soll, daß Hitlers Vertrauenspastor Müller das Vaterunser abänderte, daß die Sommerwendfeier von Staats wegen mit altgermanischen, heidnischen Bräuten gefeiert wurde — das alles erschien den Engländern als Rückfall in die tiefste Barbarei. Die religiöse Seite spielt ja auch bei der englischen Empörung über die Judenverfolgungen stark mit. Das Argument, die Juden seien das Volk der Bibel, Jesus sei aus dem Judentum hervorgegangen und deshalb dürfe man die Juden nicht schlecht behandeln, taucht in Privatunterhaltungen wie in öffentlichen Versammlungen immer wieder auf.

Vor einigen Tagen hat in London nun eine große Kundgebung stattgefunden, die sich gegen die Judenverfolgungen in Deutschland richtete. Den Vorsitz führte Lord Budmister, ein früherer Lordkanzler in der liberalen Regierung Asquith, ein Mann, der wegen der Kriegspolizei zurücktrat und nach dem Kriege an der Spitze der Versöhnungsbewegung mit Deutschland stand. Die Redner waren der Erzbischof von Canterbury, das Oberhaupt der englischen Freikirchen und ein führender Katholik. Die Kundgebung wurde getragen von den führenden Parlamentariern aller Parteien, von den Vertretern der Universitäten, der Kunst und Literatur, von den Gewerkschaften, den Unternehmern, Juristen und Ärzten. Seit 38 Jahren — damals protestierte England gegen die Armeniergrenze — hat England keine so für das ganze Volk repräsentative Kundgebung gesehen wie diese. Wenn auch die Reden, die gehalten wurden, schwach waren, die Tatsache, daß eine derartige Kundgebung stattfinden konnte, ist entscheidend.

Diese neuerliche Verschärfung der englischen Stimmung gegen Hitler-Deutschland zeigte sich auch im englischen Unterhaus. Die Grunduntertag Debatte ist noch in frischer Erinnerung, damals war ein Redner nach dem









